

Verleger: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.,  
Weslauer 1, Nikolaistraße 49/50.

# Schlesische

Verlagspreis: Ring 8887. — Telegr.-Adresse: Zeit-Druck, Breslau.  
Redaktion: Weslauer 1, Nikolaistraße 49/50.

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 10 Pf. — Durch Briefträger oder durch die Post: monatlich 1,05 M.,  
vierteljährlich 4,05 M., frei ins Haus.

Postfachkonto Nr. 28885  
„Sozialistischer Verlag“, o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Kolonietexte oder deren Raum 1.— M.  
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungs-Anzeigen 0,20 M.  
Kleinanzeigen: Die Restzeile, dreizeigelt oder deren Raum, hinter 3.— M.

## Seibold am Pranger.

### Das neue Jahr und der alte Geist.

Von Rud. Breitscheid.

Das neue Jahr scheint sich gut einführen zu wollen: es hat für Mitte Januar die Ratifikation des Friedensvertrages an. Mit einem Seufzer der Erleichterung begrüßen wir diese Nachricht, denn der Zustand zwischen Krieg und Frieden, in dem wir vierzehn Monate lang geschwebt haben, wurde von Tag zu Tag unerträglicher. Stolze Gesten wechselten mit demütiger und würdeloser Unterwerfung. Leere Drohungen reizten den Gegner und bestärkten ihn in dem Wunsche, Deutschland zum Weißbrot zu bringen. Noch vor wenigen Wochen hat ja Herr Noske dem Vertreter eines englischen Chauvinistenblattes geschworen, daß er alles tun werde, um die Regierung an der Zustimmung zu dem Festsatzprotokoll zu verhindern und denen, die trotzdem die Anterschrift leisten würden, mit der Rache des Volkes, will sagen derjenigen Klasse, die der Reichswehrminister als Repräsentanten des Volkes ansieht, gedroht. Nun wird doch unterschrieben, und man tröstet sich höchstens damit, daß die Entente am Ende darauf verzichten werde, die 400 000 Tonnen Schiffsmaterial, zu deren Lieferung wir uns bereit erklären, tatsächlich restlos beizutreiben.

Mitte Januar werden wir den Frieden haben. Aber hoffentlich ist niemand töricht genug, zu glauben, daß von diesem Tage an auch der neue Aufschwung Deutschlands beginnen werde. Wir kommen nur aus der außenpolitischen Angewissenheit heraus, aber die Sicherheit, die uns dann gegeben wird, ist keine erfreuliche. Der Friedensvertrag tritt keine Herrschaft an, und was sie für uns bedeutet, braucht nach den Diskussionen, die seit dem Frühling des vergangenen Jahres geführt worden sind, nicht wiederholt zu werden. Unser Land wird unter einem entsetzlichen Druck leben, es wird für das Ausland frohuden, und seiner Bevölkerung werden Lasten auferlegt sein, die ihr den Schwanz aus allen Poren treiben. Wie sie getragen werden sollen, läßt sich nicht voraussagen, und nur die eine Hoffnung bleibt uns, daß irgend wann eine Revision der Vertragsbestimmungen erfolgt, und daß die Völker des Westens die Notwendigkeit erkennen, um ihrer selbst willen Deutschland nicht völlig in das Chaos vollendeter Verelendung versinken zu lassen.

Aber nichts wäre nun verheerender, als alles von der Selbstbestimmung unserer Gegner oder von der Weltrevolution zu erwarten. Die Erlösung kann uns nur kommen, wenn wir selbst für sie arbeiten. Der Einsicht des Auslandes muß unsere eigene Einsicht vorausgehen, und eine der wesentlichsten Vorbedingungen der Weltrevolution ist es, aus der deutschen Revolution Tat und Wahrheit zu machen.

Wenn wir wollen, daß Frankreich, England und Amerika nicht auf ihrem Schein bestehen und uns die Existenzmöglichkeit belassen, so müssen wir vor allem versuchen, die Stimmung zu begreifen, aus der heraus sie uns das harte Joch auferlegen. Es hilft nichts, über die Grausamkeit des Siegers zu lamentieren und es mit einem Appell an die Götter zu versuchen. Erforderlich ist der Wille zur Wahrheit, und so lange wir den nicht besitzen, werden wir drüben nicht nur bei den Bourgeois, sondern auch bei den Arbeitern auf taube Ohren stoßen. Wenn der größte Teil unseres Volkes — und es ist der größte Teil — noch immer die deutsche Schuld am Kriege leugnet, wenn er sich ferner anstellt, als ob wir militärisch nicht besiegt worden seien, sondern als ob nur der Dolchstoß von hinten die Hindenburg und Ludendorff an der politischen Ausnutzung ihrer militärischen Erfolge gehindert habe, so können wir nicht erwarten, daß die Alliierten aus ein günstigeres Gesicht zeigen, selbst wenn ihr schroff ablehnendes Verhalten ihrem eigenen Wirtschaftsleben zum Nachteil gereicht.

Aber damit nicht genug. Wir jammern über die Grausamkeit der Feinde, wollen es aber nicht wahr haben, daß sie in weitem Ausmaß nur die Reaktion auf die Verbrechen sind, deren wir uns während des Krieges schuldig gemacht haben. Gewiß ist Rache unter ethischen Gesichtspunkten verwerflich, aber menschlich ist es zu begreifen, daß die, die fürchterliches erduldet haben, als Sieger kein Mitleid wollen walten lassen. Man erzählt sich von einem belgischen Offizier, der auf der linken Rheinseite ein strenges Regiment abt und sich allen Bitten um Milderungen und Ausnahmen verschließt. Wenn ihm jemand mit einem „Haben Sie die Güte“ oder

### Seibold entlarvt.

„In der Nacht vom 13. zum 14. Dezember 1919 hat mir der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Seibold im Savon-Hotel folgendes gesagt:

„Die Genossen sind zu dumm, um das zu verstehen; wir werden ihnen das schon auseinandersetzen.“  
Ich bin bereit, diese Aussage vor Gericht unter Eid zu wiederholen.“

Jetzt hat Herr Seibold das Wort.  
Vor seinen Parteigenossen hatte er gelegentlich, etwas berartiges gesagt zu haben. Hier ist ein Zeuge, der bereit ist, seine Aussage eidlich zu erhärten. Er teilt zwar nicht unsere politische Anschauung, aber er will wie wir das öffentliche Leben von routinierten Volksbetrügnern à la Seibold säubern. Herr Seibold hat jetzt nur zwei Möglichkeiten: seine Lüge sofort einzugehen oder erst vor Gericht aufklären zu lassen.

In seinen Genossen hat er sich allerdings nicht getraut. Es ist ihm nicht schwer geworden, es ihnen auseinanderzusetzen. Auf Antrag Böbes haben die Wieder-männer folgende famose Entschuldigungen angenommen:

Nachdem die Teilnehmer der Zusammenkunft im Savon-Hotel selbst erklärt haben, daß ihnen jede Provokation der Arbeiterschaft fern gelegen habe (wie freundlich!), und daß sie bedauern, etwa den Vorfall (Reel), daß durch den Vorfall Erregung in der Arbeiterschaft entstanden ist, erklärt die Versammlung der Funktionäre der sozialdemokratischen Partei den Streitfall für erledigt.“

Als ob wir vorher in dem Irrtum gelebt hätten, daß die Teilnehmer an dem Gelage es auf eine Provokation abgesehen und reine Freude über die Erregung der Arbeiterschaft empfunden hätten! Nun aber weiß man, daß sie bedauern. . . . Und eine so läppische Erklärung lassen sich die braven Funktionäre von ihrem Lobe aufschwätzen! Damit ist für sie der Streitfall erledigt!

Für uns ist er noch nicht erledigt. Wir fragen: Woher kamen die Mittel und die Speisen für dieses Gelage? Hat der Herr Polizeipräsident vielleicht für sich und seine Kumpanen nicht nur die Polizeistunde verlängert, sondern auch die Fleischration vermehrt? U. u. o. g!

Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, aus welcher Kasse derartige Liebesmahle bezahlt werden. Begreifen das die wackeren Funktionäre der sozialistischen Partei nicht? Wollen sie noch länger Vogel-Strauß-Politik treiben gegenüber dem stinkenden Sumpf von Korruption und Charakterlosigkeit in ihrer Partei? Oder fehlt ihnen schon jeder Sinn für politische Sauberkeit? Ein Scheidemann läßt sich von einem Sklars wochenlang in der Schweiz freihalten.

Ein Noske ist Sklarsens häufiger Tischgast.  
Ein Ebert telegraphiert an den Fürstbischof Dr. Vertram: „Ew. Eminenz darf ich zu der von Se. Heiligkeit dem Papste ihnen verliehenen hohen Würde meine aufrichtigen und herzlichsten Glückwünsche sagen.“

Ein Philipp und ein Voigt gratulieren der „Breslauer Zeitung“ zu ihrer hundertjährigen volksvergiftenden Arbeit usw. usw.

Die Genossen sind zu dumm, um zu verstehen, wie ein Sozialdemokrat aufrichtige (!) und herzliche (!) Glückwünsche Se. Eminenz dem Herrn Fürstbischof senden, oder wie er „aufrichtigste Glückwünsche“ für eine bürgerliche, kapitalistische Zeitung hegen kann. Die Genossen sind zu dumm dazu, zu verstehen, warum unter Feil 1. genau so telegraphiert, gratuliert, gelogen und gefeiert wird wie unter Wilhelm dem letzten, warum Feil 1. Ebert für die 700 000 Mark, die das deutsche Volk für ihn ausgibt, nicht wenigstens den einen Vorzug vor seinem Vorgänger voraushaben soll, daß er den Mund hält. Die Genossen halten das in ihrer Dummheit für Charakterlosigkeit und Gefinnungsverlumpung.

Aber die „Genossen“ Böbe und Seibold verstehen es, solche rückständigen Ansichten ihrer Genossen zu korrigieren. Und die „Genossen“ sind einsichtig.

Wenn die Herren Voigt, Seibold, Mulod das nächste Mal zusammen tafeln werden, werden sie sich nicht mehr erregen.

„Haben Sie die Freundlichkeit“ naht, so antwortet er: „Mein Haus in Belgien ist zerstört worden. Meine Mutter hat man erschossen. Ich habe keine Güte und ich habe keine Freundlichkeit.“

Ein Einzelfall, aber dem Schicksal dieses einzelnen gleichen die Schicksale von Hunderttausenden, und viele Generationen werden darüber hingehen, bis das Leid der Bevölkerung in den ehemals besetzten Gebieten in Vergessenheit geraten ist. Daß der Krieg als solcher über das Land, auf das er seinen Fuß setzt, Not und Elend bringen muß, genügt nicht, um die Schandtaten zu rechtfertigen, deren sich die deutschen Militärgewaltigen in Belgien und Nordfrankreich schuldig gemacht haben. Man lese nur die vor kurzem im Verlag von Gerisch in Dortmund erschienene Broschüre „Charleville“. Ihr Verfasser, ein Dr. Wilhelm Appens, hat jahrelang in amtlicher Stellung aus eigenster Anschauung das Treiben der deutschen Offiziere an diesem Sitz der Obersten Heeresleitung und später des Hauptquartiers des deutschen Kronprinzen beobachtet können. Seine knappen Schilderungen müssen das Blut jedes rechtlich und anständig empfindenden Menschen zur Wallung bringen und müssen es hundertmal verständlich machen, daß in die Herzen der Franzosen das Gefühl der Milde und Nachgiebigkeit keinen Einzug hält.

Wie ist da gehaust worden! Welches Leben haben die Edlen, die für ihre dem Vaterland geleisteten Dienste mit Orden beehrt und mit Titeln geschmückt worden sind, geführt! Während an der Front Millionen verbluteten, genoßen sie in vollen Zügen ihr Herrndasein, prahlten, schlemmten, stahlen und iraten die Menschlichkeit mit Füßen. Das System, das rücksichtslos junge Männer und Frauen deportierte, das arme, unterernährte Kinder zu schwerster Arbeit heranzog, wurde verschärft durch das aller beschreibende spottende persönliche Verhalten der uniformierten Träger deutscher Kultur.

Appens erzählt unter anderem von der Unterhaltung, die zwischen einem Hauptmann Grasengel und einem Buchhändler geführt wurde, bei dem die luxuriösesten Schreibmaterialien requiriert worden waren. Der Buchhändler machte den Hauptmann darauf aufmerksam, daß die Sachen für Bureaus doch viel zu schade seien, und daß sie außerdem für mindestens dreißig Jahre ausreichten, während doch nach der Genfer Konvention nur das requiriert werden könne, was die Besatzungstruppen unbedingt nötig hätten. Der Hauptmann meinte ironisch: „Dieses haben wir alles nötig, aber nicht hier, sondern in Deutschland. Sie können es sich dort wieder holen — nach dem Kriege — wenn Sie wollen.“ Worauf der Buchhändler entgegnete: „Gern, mein Kapitän.“

Ja, und nun kommen sie, um es sich wieder zu holen. Das Luxuspapier, die Böcher, die Pelzmäntel, das Silber, die Uhren, die Kunstgegenstände und das Mobiliar. Und da sie ihr Eigentum im einzelnen nicht wiederfinden können, und da die Räuber nicht alle zu fassen sind, muß die gesamte Nation bezahlen, muß es leiden für die Verbrechen, die von denen begangen worden sind, die sich als seine Führer aufspielten konnten.

Aber die Masse des Volkes, so sagt man uns, ist doch unschuldig. Und es ist ungerecht, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Gemach! Auf diese Unschuld ließe sich nur pochen, wenn man wenigstens nach der Beendigung des Krieges und nach der Revolution mit den Schändern des deutschen Namens gebührend ins Gericht gegangen wäre. Tausende von Zeugen ihrer Erbärmlichkeit sind vorhanden. Aber man hat die Uebelthäter geschont. Man hat sich für ihre Ehrenhaftigkeit verbürgt, und man preist bis zum heutigen Tage den Offizier als den vornehmsten Repräsentanten der deutschen Vortrefflichkeit. Warum? Weil der alte Geist noch immer lebendig ist. Weil der Militarismus nach wie vor in den Köpfen und den Herzen spukt. Weil der Träger des Säbels und der Akseipunde als der Heiland gilt, der Deutschland erlösen kann.

Und damit kommen wir zu der andern Wurzel der Mitleidlosigkeit der Entente. Sie, und besonders Frankreich fürchtet das Wiedererstarren Deutschlands, weil sie nicht an seine wirkliche Erneuerung glaubt. Noch immer zählt Deutschland sechzig Millionen Menschen und ist so Frankreich an Volkskraft beträchtlich überlegen. Sind diese sechzig Millionen von dem alten Macht- und Herrschafts-

wollen, besessen, dann droht den Nachbarn schwerste Gefahr, wenn das Land zu neuer wirtschaftlicher Blüte gelangt und sich innerlich erholt. Die Republik ist da, aber es fehlen die Republikaner. Die vollendetste Demokratie der Welt steht auf dem Papier, aber den Sinn der Demokratie hat dieses Volk noch nicht erfasst. Es kniet vor den alien Götzen und erwartet das Heil von denselben Mächten, die es ins Unglück gestürzt haben. Es betrachtet die Revolution genau wie im Kriege als einen Sportgegenstand, gut genug, um die Kraft der Nachbarn so zu schwächen, daß die Revanchehoffnungen des deutschen Junkertums und der deutschen Bourgeoisie Aussicht auf Erfolg haben. Die Wirkung kann nicht ausbleiben: die herrschenden Klassen in Frankreich und England berufen sich zur Rechtfertigung ihrer Politik auf die deutsche Mentalität, und die Arbeiter sind nicht imstande, ihre Auffassung zu bestritten. Bevor die deutsche Sinnesart nicht ändert, ist es vergeblich, auf eine Veränderung unserer internationalen Lebensbedingungen zu rechnen, aber die Revolution des Geistes steht in unzweifelbarem Zusammenhang mit einer wirklichen politischen Revolution. Für die eine wie die andere haben wir zu arbeiten, wenn der Friede des Versailler Vertrages durch einen wahrhaften Frieden abgelöst werden soll.

## Vor der Ratifikation.

Von Woche zu Woche ist die Ratifikation des Friedensvertrages (und mit ihr die Rückkehr unserer Gefangenen) hinausgeschoben worden; jetzt endlich, Mitte Januar, wird vermutlich die Ratifikation endgültig vorgenommen werden. Wer schon lebt das alte Theater ans neue auf!

Der Friedensvertrag verpflichtet die deutsche Regierung, die Stärke des Heeres innerhalb von 3 Monaten auf 100 000 Mann herabzusetzen. Gegenwärtig haben wir nach einer Schätzung des britischen Kriegsministeriums eine Million Mann unter Waffen, davon 400 000 reguläre Soldaten, 12 000 Matrosen, 50 000 bewaffnete Polizisten und ungefähr 500 000 Zeitfreiwillige und Bürgerwehrleute. Diese Schätzung dürfte eher zu niedrig als zu hoch sein; der deutsche Heeresbestand muß demnach auf seinen zehnten Teil reduziert werden. Kein Wunder, daß das Militär noch einmal in letzter Stunde seine Unentbehrlichkeit beweisen will. Nach berühmten Mustern. Wie wir aus Oberschlesien erfahren, erwartet die dortige Reichswehr für Anfang Januar einen „Putsch“. Ach nein. Die ober-schlesische Arbeiterschaft denkt an keinen Putsch und wird sich sehr hüten, dem deutschen Militarismus vor seinem Ende nochmals Gelegenheit zur Entfesselung seiner bestialischen Instinkte zu geben. Doch nicht nur mit dem Märchen vom Spartakusputsch werden die ober-schlesischen Truppen gegenwärtig nervös gemacht, sondern noch mit der Fabel von einer polnischen Besetzung des Landes vor der Abstimmung.

Der Friedensvertrag bestimmt, daß in den Gebieten, in denen Volksabstimmungen erfolgen soll, die deutschen Truppen entfernt und durch Truppen der Entente ersetzt werden sollen. Der einzige, der Herrn Hüning und der Reichswehr in Oberschlesien nachtrauert, ist Koranyi und die polnische Regierung. Die Stimmung für Deutschland kann durch den Abzug der Post-Soldateska nur gehoben werden.

Der meiste Explosivstoff enthält jedoch die Bestimmung, nach welcher die Kriegsverbrecher an die Entente ausgeliefert werden sollen. Die „Tägliche Rundschau“ wollte erfahren haben, daß Ebert diese „Schmach“ nicht auf sich nehmen und zurücktreten wolle, dann sollte er von allen Seiten gehetzt werden zu bleiben und daraufhin würde er blutenden Herzens... Ob die Geschichte nun wahr ist oder ausnahmsweise das Dementi der Regierung, — jedenfalls wäre sie gut erfunden zur Kennzeichnung der Charakterlosigkeit, mit der die Verhandlungen von Anfang bis zu Ende geführt wurden. Sicherlich ist das Gerücht der Entente parteiisch, aber was ist bisher von deutscher Seite geschehen, um die Kriegsverbrecher zu jagen?

Ein paar parlamentarische Untersuchungskommissionen sind eingesetzt worden, die — wie es immer wieder heißt — kein Verbrechen, geschweige eine strafrechtliche Beurteilung, ausprechen, sondern nur Tatsachen feststellen sollen. Von diesen Ausschüssen war der eine so lahm, Hundsbildung und insbesondere als Zeugen vorzuladen; das bekam ihm so schlecht, daß er sich kampflos nur noch ans Studium der Akten verlegte. Der andere Ausschuss, der die Vorgeschichte und Entfesselung des Krieges untersuchen sollte, hatte von vornherein keinen höheren Ehrgeiz als Altruismus und lehnte dabei den gründlichsten Kummer dieses großen Gebietes, Dr. Grelling, als Sachverständigen ab, während er einen Prof. Jauchel, den Hauptverfechter der verhängnisvollen imperialistischen Dogmen, einen Prof. Jochims, dessen Buch über Rußland das Feindbild war, als Sachverständigen einsetzte, und Prof. Martin Spahn, einen energiegelbten Nationalsozialisten und Amerikaner, als Sachverständigen hinzuzuziehen.

Deutschland hat also nicht nur nichts getan, um die Schuldigen festzustellen und zu bestrafen, sondern es hat sogar alle objektiven Feststellungsmöglichkeiten durch die Personalauswahl sabotiert. Nach der Berücksichtigung der offiziellen Dokumente hätte man annehmen müssen. Jetzt wird die Entente einen Entlastungsplan in den internationalen parlamentarischen Palästen und in den diplomatischen Kabinettskanzleien und in den diplomatischen Kabinettskanzleien aufstellen — das das deutsche Proletariat mit einem verächtlichen Kopfschütteln abtun wird.

## Die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter beim Wiederaufbau.

Nach einer Mitteilung aus Berlin haben die Sekretäre des Deutschen Bauarbeiterverbandes Pajlow und Silber-schmidt und der Sekretär der französischen Organisation Chaudin einen Vertrag für diese beiden Organisationen unterzeichnet, der die Arbeitsbedingungen der deutschen und

deutscher Bauarbeiter im Wiederaufbaubereich festlegt. Die Hauptpunkte sind nach Mitteilungen der französischen Presse: Anerkennung des Rechts für die deutschen Arbeiter, zum Zweck der Arbeit nach Frankreich zu kommen, vorausgesetzt, daß sie hierfür bestimmt sind und den örtlichen Arbeitern keine Konkurrenz machen. Bezahlung der deutschen Arbeiter nach den örtlichen Normaltarifen, freie Ausübung des Rechts der Aussprache und der Kontrolle über hygienische Fragen, Ernährung, Schlafräume und Schutz vor Unfällen an den Arbeitsstellen und in den Lagern, Genuß der gewerkschaftlichen Freiheiten, das Recht, jederzeit in die Heimat zurückkehren zu können, freier unzensurierter Briefverkehr mit der Heimat, Pflichtversicherung gegen Krankheit, Unfälle, Invalidität usw., unbeschränkte Anwendung des Achtstundentages.

## Neujahrspromission der Sowjet-Regierung.

London, 5. Januar.

Die Moskauer Funkstation verbreitet folgende Neujahrspromission der Sowjet-Regierung an das russische Volk:

„Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen, sowohl vor wie hinter der Front, und es hat die Macht des Sowjets noch mehr gefestigt. Auf dem Schlachtfeld hat die Rote Armee den gegenrevolutionären Elementen Todes-schläge versetzt, unter denen die Horden der zaristischen Generale zusammengebrochen sind. Geschart um die roten Banner führen wir unsern Siegeslauf in das neue Jahr hinüber, das uns den siegreichen Abschluß der Bürgerkriege bringen wird. In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus erobert der Ruf nach Auf-stellung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen und die Macht der Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt erstrecken. Es lebe das Revolutionsjahr 1920!“

## Sowjetrußland und Amerika.

In einem Brief an die Militärkommission des ameri-kanischen Senats hatte Unterstaatssekretär W. Phillips kürzlich auseinandergesetzt, weshalb Amerika keine Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufnehmen können. Humanität bringt nun eine Erwiderung des Vertreters der Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten, Martens, der das Verhalten Amerikas schärfste Information über Sowjetrußland zuschreibt und erklärt: Der Grund, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Völker zu mischen, sei nicht, wie Phillips behauptet, von der russischen Regierung Amerika gegenüber verlegt worden, sondern umgekehrt sei es Amerika gewesen, das ganz unerwartet den auf Sturz der Räteregierung ausgehenden russischen Elementen materielle und moralische Unterstützung angedeihen ließ. Trotzdem sei Rußland noch bis zur Stunde zur Veröhnung bereit und geneigt, Amerika große ökonomische Vorteile vor den anderen Ländern zuzuführen. Martens erinnerte sodann an das wiederholt von Sowjetrußland abgegebene Versprechen, die finanziellen Verpflichtungen des alten russischen Reiches zu übernehmen, — eine Garantie für die Einlösung dieser Forderung biete schon allein der lebhafte Wunsch Sowjetrußlands nach Handelsbeziehungen mit Amerika. Unbegreiflich sei der Vorwurf Phillips, die von der Sowjetregierung gekauften Lebensmittel und Waren würden ungerecht verteilt. Mit dem Augenblick, wo die Politik der Intervention und Blockade aufgehoben sei, werde auch der hauptsächlich hervorgehobene Mangel an Lebensmitteln — 76% der tätigen Kräfte des Landes werden zurzeit zur Landesverteidigung benötigt und damit produktiver Arbeit entzogen — verschwinden und ihre freie Verteilung Platz greifen. Schließlich pralle auch der Vorwurf, die Räteregierung habe ein System politischer Unterdrückung aufgerichtet, ab. Unparteiische Untersuchung würde zeigen, daß die Regierung eine unter den gegebenen Verhältnissen ungewöhnlich große Macht der Demokratie einräume. Freilich müßte zum Schutz der eigenen Sicherheit bis zu einem gewissen Grade der Belagerungszustand aufrecht erhalten werden, wie das in jedem anderen Lande unter den gleichen Umständen — Krieg an mehreren Fronten — der Fall wäre. Jetzt, wo die Sowjetregierung bereits 2 Jahre existiert und zwar trotz gewaltiger äußerer Opposition und schweren ökonomischen Problemen im Innern, sei die Stabilität dieser Regierung deutlich bewiesen. — Die Humanität dazu mahlet, soll die Deportation von Martens geplant sein. Die Nachricht von der Annahme einer Einwanderungsbill im Kongressstandenshaus, die die Deportation ausländischer Angehöriger roter Organisationen verbietet, ging erst kürzlich durch die Presse. Das läßt nicht gerade erwarten, daß der Versuch Martens, die öffentliche Meinung Amerikas für Sowjetrußland günstiger zu stimmen, auf fruchtbaren Boden fallen wird.

## Menschenjagd.

Zu Marlob-Prozess hat der Hauptmann Schwabacher unter Eid als Zeuge ausgesagt, daß Roske ohne Rücksicht auf die Unschuld der Angeordneten erschossen war, Verhaftungen vorgeschrieben.

Ein Dokument für die jähenlose Verletzung dieses heiligsten Rechtes jeder Demokratie wurde kürzlich in der „Freiheit“ veröffentlicht:

Der Staatsanwalt für die Untersuchung der öffentlichen Ordnung.

Berlin, den 12. November 1919.  
Bühnenstraße 63/65.

In den

Herrn Reichsanwalt in Berlin.

(Eigentlich, Geheim.)

In der Anlage überreichte ich ergebendst die Akten eines von mir an Herrn Reichsanwalt, den Herrn Reichsanwalt und den Herrn Reichsanwalt des Innern gerichteten Schreibens vom heutigen Tage, betr. der Angeordneten Eichhorn zu gest. Revolutionsjahr.

u. Berger.

Berlin, den 12. November 1919.

In der Anlage überreichte ich ergebendst die Akten eines von mir an Herrn Reichsanwalt, den Herrn Reichsanwalt und den Herrn Reichsanwalt des Innern gerichteten Schreibens vom heutigen Tage, betr. der Angeordneten Eichhorn zu gest. Revolutionsjahr.

ber 1919 und des Herrn Regierungspräsidenten von Esfurz vom 5. November 1919, sowie Abschrift eines vom Präsidenten des Reichsbürgerrates zu Berlin an das Reichsministerium des Innern gerichteten Schreibens vom 8. November 1919 nebst Vorlagen.

Danach entwickelt der Abgeordnete Eichhorn, wie auch aus zahlreichen anderen Nachrichten hier bekannt geworden ist, neuerdings wieder eine außerordentlich rege und offenbar staatsgefährliche Tätigkeit durch kommunistische Agitationen. (1)

Ein Einschreiten gegen Eichhorn wäre mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Abgeordneter der Nationalversammlung nur möglich, wenn er auf frischer Tat oder spätestens 24 Stunden nachher ergriffen werden könnte. Das erscheint bei der Art der Tätigkeit Eichhorns und der von ihm geleiteten Vorrichtung ausgeschlossen.

Wir ist bekannt, daß bei der Staatsanwaltschaft I hier gegen Eichhorn die öffentliche Klage wegen Unzufriedenheit, Landfriedensbruch und meines Wissens auch wegen Unterschlagung und Untreue erhoben ist. Der schwebenden Voruntersuchung kann jedoch kein Fortgang gegeben werden, weil eine Entscheidung über die Genehmigung der Verhaftung Eichhorns, ohne die das Verfahren nicht gefördert werden kann, als dementsprechenden Antrag des Untersuchungsrichters beim Landgericht I bisher nicht ergangen ist.

Um der gefährlichen Betätigung Eichhorns Einhalt zu tun, erscheint es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung bringend geboten, die Entscheidung nunmehr herbeizuführen.

Ergebenst bitte ich daher, wegen Beschleunigung dieser Entscheidung im Nachgang zu dem Antrage des Untersuchungsrichters, bei der Nationalversammlung vorzulegen zu werden. Für Beweismittel von dem Ergebnis der vorliegenden Schritte wäre ich dankbar.

Gleichen Schreibe habe ich an den Herrn Reichsanwalt, den Herrn Reichsjustizminister und den Herrn Reichswehrminister des Innern gerichtet.

Hier wird klipp und klar zugegeben, daß ein Einschreiten gegen Eichhorn auf gesetzlicher Grundlage ganz und gar ausgeschlossen ist. Darum soll von der Regierung, und zwar vom Reichswehrminister, ein Druck auf das Parlament ausgeübt werden, um es zur Aufgabe seines fundamentalen Rechtes willig zu machen!

Nicht minder als gegen den Genossen Eichhorn wird gegen den Genossen Kurt Geier gehetzt. Er ist ein „offener Empörer“, und wer mit ihm zusammen arbeitet, macht sich strafbar. So wurde in Leipzig der kommunistische Redakteur Georg Schumann verhaftet, nachdem man ihn monatelang umhergehetzt hatte. Man wirft ihm vor, durch die Verbreitung der „Roten Jahne“ verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander ausgehetzt und die proletarische Klasse zu Gewalttätigkeiten gegen die Besitzende Klasse aufgereizt zu haben. Sicherlich ein schweres Verbrechen für einen Sozialisten! Was man ihm aber hauptsächlich zum Vorwurf macht, das ist, daß er einer Bewegung diene, hinter welcher der „offene Empörer“ Kurt Geier stehe. Und worin bestand dessen offene Empörung? Darin, daß er den von der sächsischen Regierung nach der Tötung Neurings nicht nur über Dresden, sondern über ganz Sachsen verhängten Belagerungszustand für das ganz ruhige Leipzig als Vorwand des U- und S-Rates nicht anerkannte. Worin ihm die Reichsregierung Recht gab. Denn später verhängte sie selbst — allerdings auch gesetz- und verfassungswidrig den Belagerungszustand über Leipzig von sich aus. Aber um Gründe zur Verhaftung ist die neudeutsche Justiz bei Arbeiterführern nicht verlegen!

Im August v. J. wurde der kommunistische Parteisekretär Hecker ohne triftigen Grund in Haft genommen und nach Königstein verschleppt.

Die Lüge des Haftbefehls war so frech erfunden, daß das Militärgericht Hecker wegen seiner unschuldig erlittenen Haft einen Entschädigungsanspruch zugestand. Hecker wurde trotzdem nach seiner Haftentlassung drei Monate lang weitergehetzt und von den Dresdener Gerechtigkeitsfanatikern brotlos gemacht.

Bis heute ist die Entschädigung für Hecker und seine hungernde Familie nicht eingetroffen. Als Ersatz gab man ihm freie Kost im Gefängnis. Hier das Kulturdokument, dessen man sich als Handhabe bediente:

Schutzhaftbefehl.

Ueber den Redakteur und Parteisekretär Fritz Hecker in Chemnitz wird die Schutzhaft verhängt (§ 1 Schutzhaftgesetz).

Hecker, der an hervorragender und einflussreicher Stelle in der Organisation der kommunistischen Partei tätig ist, ist am 7. 12. 19 in Chemnitz in der öffentlichen Versammlung als Redner aufgetreten. Dabei ist er für die Räterepublik eingetreten und hat den Kampf mit der Waffe in der Hand als das letzte Mittel zur Erreichung eines Zweckes bezeichnet und sich auch einer groben Beleidigung von Angehörigen der Reichsregierung, des Reichswehrministers Roske schuldig gemacht. Das Wirken Heckers ist um so gefährlicher für die Reichssicherheit, als er infolge seiner Redegewandtheit und seiner Bildung großen Einfluß auf die Massen hat. Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht zulässig.

Dresden, den 12. 12. 19.

Der Militärbefehlshaber für Sachsen.  
J. S.: geg. Müller, Generalmajor.

Die offiziöse Begründung ist von einer geradezu leichtsinnigen Dürftigkeit. Haben etwa die Ebert, Noske als legitimes Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke die Waffe gebraucht?! Aber nicht dies ist der wirkliche Grund für die Verhaftung. Die Bildung Heckers — das ist das Gefährliche, Hassens- und Belästigungswerte! Marlob ließ die Intelligenzen erschießen, die sächsische Regierung ist humaner und verordnet gegen staatsgefährliche Bildung nur Schutzhaft. Und während so die Besten umhergehetzt werden, laufen die Bogel, Marlob, Hiller, Kessel, Lubendorff, Hefterich usw. frei herum und sind für die Noskejustiz unerreikbaar.

## Die Demokratie unter Heines Regime.

Schon im Herbst ereigneten sich ganz traurige Fälle der Mißachtung des Selbstverwaltungsrechtes in Preußen, als in Schmallalben und im Saalkreis der Unabhängigen Mehrheit in den Kreistagen Landräte aufgezwungen wurden, die kein Mandat gewünscht oder gewählt hatte. Jetzt hat sich im Saalkreis ein neuer, geradezu unerhörter Vorfall ereignet, der wiederum beweist, daß es mit der Selbstverwaltung in der freiesten Demokratie der Welt höchst mangelhaft bestellt ist. In einer am 15. September stattgefundenen Kreisversammlung des Saalkreises wurden außer zwei bürgerlichen nur Angehörige der U. S. P. zu Amtsvorstehern und Stellvertretern gewählt. Daraufhin hörte man ein Viertelstunde lang nichts, bis der Kreisrat eine geharnischte Protest-

Resolution an den Oberpräsidenten schickte. Waren doch in den anderen Kreisen bürgerliche und sozialpatriotische Amtsvorsteher längst bestätigt!

Daraufhin kam der unglaubliche Bescheid, daß 17 der Gewählten von der Regierung abgelehnt wurden, weil sie sich für das Amt „nicht eigneten.“ 5 wurden als Konzeptionschulzen geschickt und bei 11 anderen steht die Entscheidung noch aus. Offenbar steckt hinter dieser Verhöhnung des Willens von 35 Kreisabgeordneten der famose Sandrat Thiele, der von seinem Busenfreund Heine an die Krüppel gebracht wurde. Dieser Thiele hat es nämlich fertiggebracht, ein richtiges Gymnasium mit den Neugewählten anzustellen, um einen Grund zu haben, die Leute, die natürlich noch nicht so geistesstump sind, wie alte Verwaltungsbeamte, als unfähig abzuweisen. So wird es gemacht! Leute, wie der konservative Sandrat v. Krosigk, der im Saalkreis unmöglich war, werden Regierungspräsident in Hildesheim, Amtsvorsteher aber, die von der Bevölkerung ihrer Ortsschaften nahezu einstimmig vorgeschlagen, und vom Reichstag mit großer Mehrheit gewählt werden, lehnt man ab! Es ist ganz genau so wie im früheren Preußen.

### Die Kleinaktie.

Kapitalisten, die erkennen, daß der heutigen Wirtschaftsform das letzte Stündlein bald geschlagen hat, suchen krampfhaft nach Mittelchen, die den Todeskampf des Kapitalismus verlängern, und damit das Ausbeutungsrecht noch einige Zeit erhalten sollen. Diese Mittel sind durchweg auf Täuschung der Arbeiterschaft berechnet. Abgesehen von den wenigen Ausnahmen eines offen und ehrlich geführten Kampfes gegen das Proletariat besteht die ganze Politik der gegenrevolutionären Parteien aus einer Aneinanderreihung solcher Täuschungsversuche: Die Demokratie, das Vorschiesen rechtssozialistischer Minister, die Verfassung, die Steuerergänze und neuerdings das Betriebsrätegesetz, sie alle beruhen auf dieser Basis.

In den letzten Wochen verfielen nun diese Quacksalber, die mit all ihren Versuchen doch den Sozialismus nicht aufhalten werden, auf ein Mittel, das schon vor Jahrzehnten keinen Anklang beim Proletariat gefunden hat. Sie wollen die Arbeiter durch eine sogenannte Kleinaktie am Gewinn des Unternehmens, bei dem sie beschäftigt sind, beteiligen. Die Deutsche Volkspartei stellte eine diesbezügliche Anfrage in der Nationalversammlung und in der reaktionären „Post“ wird es als ein friedlicher Weg zur Sozialisierung gepriesen, wenn die Arbeiter durch die Kleinaktie einen Bruchteil des Mehrwerts, den sie schaffen, zurückerhalten.

Der Artikelschreiber der „Post“ spekuliert auf die Dummen. Er schildert zunächst die seitherige Form der Gewinnbeteiligungen der Arbeiter, und kommt zu dem Resultat, daß „im großen und ganzen von einer Teilnahme des Arbeiters an den Geschicken des Unternehmens nur wenig oder gar nichts zu merken sein wird.“ Er wird weiterhin sich leicht den Einflüsterungen der radikalen Hezer hingeben und sich bei Wahlen zum Arbeiterausschuß und später zum Betriebsrat sowie bei Entscheidungen in den Betriebsversammlungen weniger von den wirtschaftlichen Verhältnissen und Erfordernissen seines Standes und seines ihm Brot gebenden Unternehmens als von politischen Gesichtspunkten und von der Führerschaft dieser Elemente leiten lassen.

Das gilt es zu verhindern, und dafür glaubt der Artikelschreiber den Weg in einer börsenfähigen übertragbaren Kleinaktie gefunden zu haben: „Der Arbeiter und der Angestellte, die die Möglichkeit haben, durch gute Leistung und besonnene Stellungnahme in wichtigen Fragen ihres Unternehmens Kursgewinne zu machen, die aber auch neben dem geringen Gewinnanteilen durch Verschlechterung des Standes des Unternehmens an ihrem Vermögen Schädigung erfahren, werden bald ihre Entscheidungen unter ganz anderen Gesichtspunkten treffen als bisher.“ So orakelt die „Post“.

Wie wenig die Arbeiter aber in der Tat daran denken, auf solche Märchen hereinzufallen, zeigt eine Meldung aus Frankfurt a. M.

„Die Gasgesellschaft, deren Aktien sich in den Händen der Stadt befinden, bedarf weiteren Betriebskapitals in Höhe von 2 Millionen Mark. Von der Direktion ist nun an das Personal das Ansuchen gerichtet worden, das ihrige zur Aufbringung der Summe beizutragen. Die Versammlung lehnte den Vorschlag der Direktion nahezu einstimmig ab.“

Mit vollem Recht erklärte in der Betriebsversammlung, die sich mit dem Vorschlag der Direktion des Gaswerkes beschäftigte, ein Arbeiter:

„Die Angestellten und Arbeiter, die an einem Unternehmen finanziell beteiligt sind, müssen bei Lohnstreitigkeiten eine vorsichtiger Haltung einnehmen wie solche Arbeiter, bei denen das nicht der Fall ist. Als Klassenkämpfer muß aber auch der moderne Gewerkschafter bestrebt sein, alle Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeiter eines einzelnen Betriebes sei nicht der geeignete Weg dazu.“

Von den Anpreisern der Kleinaktie wird die Kaufkraft des Proletariats überschätzt. Sie würden sonst nicht ihr Heil mit solch plumpen Täuschungsmanövern versuchen. Die Revolution und das letzte Jahr haben die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Ueberwindung des Kapitalismus und der Herbeiführung des Sozialismus unverrückbar in das Bewußtsein des Proletariats eingegraben.

### Nochmals die Wahlen in Gotha.

Die „Volkswacht“ kann sich nicht beruhigen. Sie schlägt abermals Purzelbaum vor Freude über die Bürgermeistereiwahl in Gotha.

Das zwingt uns abermals festzustellen:

Die deutsche demokratische Partei, die deutsche Sozialpartei, die deutschnationale Partei und die sozialdemokratische Partei haben gemeinsam die Wahlagitation für den Dr. Schöffler betrieben und müssen jetzt — wie das „Gothaer Tageblatt“ in seinem Siegesartikel melancholisch feststellt — „die nicht unerheblichen“ Kosten gemeinsam berappen.

Unsere Genossen hatten in Gotha niemals die absolute Majorität. Im Stadtrat sitzt kein einziger sozialistischer Senator und das Stadtkorordnetenkollegium hat eine bürgerliche Mehrheit. Die reaktionäre Reichspolitik verhindert jede radikale sozialistische Politik in den Bundesstaaten. Ein Sieg hätte unseren Genossen vor eine unmögliche Situation gestellt, und wenn man etwas unseren Gothaer Genossen vorwerfen kann, dann ist es, daß sie überhaupt die Regierung übernommen haben. Unter diesen Umständen war ein Teil der Genossen für Wahlenthaltung. Und deswegen entfalteten unsere Genossen nur eine minimale Wahlpropaganda: eine Versammlung und ein Flugblatt, das erst am Wahltag herauskam — das war alles.

Beschämend ist diese Wahl also nur für die Rechtssozialisten. Aber sie sind schon so sehr jedes sozialistischen Empfindens bar, daß sie aus ihrer Koalition mit den deutschnationalen Propaganda für sich machen und den Sieg des kapitalistischen Bürgertums über das klassenbewußte Proletariat als ihren eigenen Sieg feiern! Das ist nicht mehr politische Kurzsichtigkeit, das ist politische Prostitution!

### Koste 1907.

Als erstaunlicher Koste-Propheet hat sich, wie wir der „Berliner Volkszeitung“ entnehmen, Alexander Maslowski erwiesen. In Nr. 41 der „Lustigen Blätter“ vom Jahre 1907 finden wir aus seiner Feder das folgende Gedicht:

#### Die antimilitärische Propaganda

oder

„Lieb Vaterland magst ruhig sein“.

Herve will Soldatenstreik,  
Siebnecht spricht so ähnlich,  
Lebedour zeigt sich dem Heer  
Auch nicht sehr versöhnlich;  
Doch der Hoffnung letzten Rest  
Soll man nicht verlieren!  
Eins steht heute bombenfest:  
Koste wird parieren!

Kommandiert der Herr Major:  
„Feuer vorn und hinten!“  
Ruft ein arbeitsscheues Korps:  
„Schmeiß mer fort die  
[Flinten]!“  
Aber dennoch, Mut nur Mut!  
Laßt's euch nicht verbrießen,  
Denn wir wissen absolut:  
Koste, der wird schießen!

Geht es mal in ferner Frist  
Aus Kanonensputtern,  
Denkt so mancher Reservist:  
„Nee, ich bleib' bei Muttern!“  
Doch das soll uns Kampf und  
[Schlacht]

Koste schnallt den Säbel um,  
Koste geht aufs Ganze,  
Koste feuert bum, bum, bum,  
Koste stürmt die Schanze,  
Koste schreit hurra! hurra!  
Koste hält die Wachen,  
Koste schießt Viktoria,  
Koste wird's schon machen!

### Gewerkschaftliches.

#### Nottschrei der Arbeitsinvaliden und Armenrentner.

Die furchtbare Lage der Arbeitsinvaliden, Alters- und jungen Armenrentner zwingt die organisierten Arbeitsinvaliden, Zivilrentnempfänger und Erwerbsunfähigen Deutschlands nachstehenden Nottschrei an die Volksvertretungen, Regierungen, Gemeinderäte, Parteien, Gewerkschaften, wie alle deutschen Männer und Frauen zu richten.

Der Kampf ums Dasein hat bei der großen Masse an dieser dauernd körperlich Leidenden furchtbare Formen angenommen. Mit ihren auf dem Felde der Arbeit verblühten Gliedmaßen und dem verbrauchten Körperkräften sind diese Vermissten der Armen nicht im Stande, das zum Leben Notwendige zu erlangen und der jetzigen Leuerung irgendwie zu begegnen. Die staatliche wie gemeindliche Fürsorge, wie sie für die gefunden Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Wöchnerinnen usw. besteht, hat demgegenüber diesem Teil der Volksgenossen fast völlig versagt. Wie unglücklich schwer fällt es für den noch nicht ganz erwerbsunfähigen Arbeitsinvaliden geeignete Arbeit zu finden, eine Arbeitsvermittlung für Zivil-Beschädigte besteht fast nirgends. Fast einer Million Zivil-Invalidenrentner wird ihre gutachtlich festgestellte Erwerbsunfähigkeit von mindestens 66 2/3 % trotz Leuerungszulagen mit Renten von Mk. 32.— bis Mk. 45.— monatlich zum „Ausgleich“ gebracht. Auf Grund von Berechnungen seltener niedriger Arbeitsverdienste werden den Invalidenresten kümmerliche Renten gezahlt, die in den allermeisten Fällen nur ein paar Tage zum Leben reichen.

Für diese der Fürsorge so außerordentlich bedürftigen Kreise ist eine Zustuchtsstätte vorgesehen — das Armenamt —. Wir wollen heute nicht die für den Einzelnen so beschämende und kränkende Form der Armenpflege einer besonderen Kritik unterziehen, haben doch die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für ihre Fürsorge es abgesehen unter diesen Begriff zu fallen, aber die von den Gemeinden aufgestellten Kommissionen für die Bedarfsfrage und die gelübte Praxis der Festsetzung der Höhe der Unterstützungen schreien geradezu zum Himmel! Es muß rückhaltlos gesagt werden, daß die Gemeinden ihre Versorgungspflichten gegenüber diesen Bedürftigen durchgehend nicht erfüllen. Unterstützungen und Richtsätze von Mk. 5, 6, 8 und 10.— die Woche gelten als ausreichend, sie bedeuten ein fort-dauerndes Mangeln, Hunger, Durst und vorzeitigen Untergang.

Angehts des kommenden Winters ohne Kohlen und imminenz einer Leuerungstreue ohne Gleichen erheben wir öffentlich unseren Ruf um Hilfe, um sofortige staatliche und gemeindliche Hilfsaktionen, wenn nicht viele Tausende unserer Leidensgenossen elend zu Grunde gehen sollten.

Bereits am 31. Mai vorigen Jahres ist die Reichsregierung in einer beantragten Besprechung durch Ueberreichung unserer Forderungen auf unsere schreiende Notlage hingewiesen worden. Die einzige Hilfsmaßnahme seitdem war die Gewährung einer monatlichen Leuerungszulage von Mk. 12 und Mk. 6.— an die Jubiliden, Alters- und Witwenrentner. Wir erwarten auf das Dringlichste baldige durchgreifende gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung unseres wirtschaftlichen Leidens unter Mitarbeit unserer Organisationen.

Die Vertreter der Organisationen der Arbeitsinvaliden, Zivilrentnempfänger und Erwerbsunfähigen Deutschlands.

#### Eisenbahner-Versammlung.

Zu einer imposanten Machtumgebung gestaltete sich die Versammlung der Eisenbahner am Montagabend im Schießwerder, in der sie zu ihrer Lohnfrage erneut Stellung nahmen. Eine Parallelversammlung mußte gleichzeitig im Ballhof abgehalten werden, da der große Schießwerderaal schon lange

vor Beginn die herbeiführenden Massen nicht mehr faßte. Die revolutionäre Stimmung der Eisenbahner machte sich schon bei den Einleitungsworten des Versammlungsleiters Föhrer in lebhaften zustimmenden Zwischenrufen bemerkbar. Der Ortsbevollmächtigte, Kollege Fuhrmeister, gab noch einmal einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Lohnkampfes der Breslauer Eisenbahner. Er erklärte, daß der Stundenlohn trotz der damaligen ehrenwörtlichen Versicherung Föhrings und Boigls für sofortige Lohnerhöhung einzutreten, noch derselbe sei wie — vor dem Streik. Riesengroß ist die Notlage der Eisenbahner geworden, besonders, da die gewährte sogenannte Wirtschaftshilfe nur an einen kleinen Kreis von Eisenbahnern gezahlt und auch an diesen fast ausschließlich gegeben wurde, überdies diese Wirtschaftshilfe vom Steueramt dreimal wieder zurückgeholt worden ist. Trotzdem haben die Eisenbahner bis jetzt geduldig gewartet, in der Hoffnung, daß der neue Tarif bald abgeschlossen wird. Und daß der Eisenbahner in dieser Zeit fleißig gearbeitet hat, wies Kollege Fuhrmeister an dem Steigen der Produktion von 50% auf 80% nach. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen schilderte er das Geraden trotzlose Elend der Eisenbahner einschließlich der Beamten und führte die zunehmende Korruption im Eisenbahnbetrieb auf die jämmerliche Entlohnung zurück. Um nur ein wenig aus diesem Sumpf herauszukommen, haben die Eisenbahner ihre neuen Tarifforderungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober 1919 verlangt. Dies ist jedoch vom Eisenbahnminister strikt abgelehnt worden. Auch der geforderte Vorschuß von wöchentlich 60 Mk. bis zum Tarifabschluß, welchen das Kartell als Mindestforderung aufgestellt hat, ist abgelehnt. Statt dessen hat der Minister 20 und 30 Pfg. Zuschlag zum Stundenlohn angeboten. Dies sei jedoch unannehmbar. Scharf wandte sich der Redner gegen die bürgerliche Presse, die immer, wenn sich Kollegen für die notwendigste Lebens-

#### Schweizer Arbeiter gegen die Neutralität der Gewerkschaften.

Auch in der Schweiz werden die Gewerkschaften allmählich durch die wirtschaftliche Situation und die wachsende Radikalisierung der Arbeitermassen gezwungen, aus ihrer parteipolitischen Neutralität herauszutreten. Wie das Züricher „Volkrecht“ mitteilt, beschäftigte sich am 6. Dezember der Arbeiterkongreß des Kantons Gené mit dieser Frage. 162 Delegierte nahmen in Vertretung von 65 Organisationen daran teil. Nach einer lebhaften Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften an den politischen Kämpfen, wurde der Vorschlag des Komitees, wonach die politische Neutralität der Gewerkschaften aufgegeben werden müsse, mit 107 gegen eine Stimme und etwa 60 Stimmenthaltungen angenommen.

verbesserung der Eisenbahner einsetzen, von Aufwieglern und Hehern sprechen. Lange würden sich die Eisenbahner dies aber nicht mehr gefallen lassen. Nachdem Kollege Fuhrmeister noch die lächerlichen Renten der Hinterbliebenen verunglückter Eisenbahner geißelt hat, schloß er mit der bangen Frage: „Was ist zu tun?“ ohne indessen eine Antwort darauf zu geben. Der Beifall steigerte sich oft zu lärmenden Zustimmungen. Kollege Thomas-Gleiwitz erklärte die Solidarität der Eisenbahner des Bezirks Kattowitz im Streikfall mit den Breslauer Eisenbahnern. Dasselbe versicherten im Laufe der Versammlung noch einige Kollegen aus der Provinz.

Ein wahrer Entrüstungssturm brach los, als Kollege Großmann die Ursachen des Elends der Eisenbahner darlegte und dabei einige davon besonders Schuldige brandmarkte. So habe das Gewerkschafts-Kartell die damalige Forderung der Eisenbahner um Erhöhung des Stundenlohnes auf 40 Pfg. geradezu sabotiert. Hörsing schämbares Verhalten während des Streiks hat in Obereschweiz seinen Gipfel erreicht, als er den Arbeitszwang verhängte und die Streikleitung im Viehwagen abtransportierte. Diese Zeiten seien aber endgültig vorbei. Erreichen werden diesmal die Eisenbahner ihre Forderungen trotz Arbeitszwang, Soldatenpöbelerei und technischer Nothilfe.

Redner fordert unter jenem Beifall die Versammlung auf, auf ihren berechtigten Forderungen zu bestehen und wenn nicht anders möglich, sie durch den Generalstreik zu erzwingen. Eine Reihe anderer Kollegen sprechen sich ebenfalls in demselben Sinne aus. Die Ausführungen des Bezirksleiters Dindas, der wohl die Notwendigkeit sofortiger, ausreichender Löhne zugab, abwechselnd aber bald für, bald gegen den Streik war, riefen Gelächter und lärmende Zwischenrufe hervor. Seine weiteren Redereien, die er trotz wiederholter Schlußrufe fortsetzte, gingen im allgemeinen Lärm unter. Nach wiederergriffener Ruhe stellte er verwundert die naive Frage, wieso man ihn so herunterreißen könnte. Dem Verlangen der Versammlung, daß die anwesenden Abgeordneten ihre gegebene Zustimmung zur Affordarbeit verantworten sollten, kam zuerst Herr Boigt von den Mehrheitssozialisten nach, der mit nicht wiederzugehenden Worten empfangen wurde. Da alles auf seine Rechtfertigung begierig war, gelang es ihm, eine Zeilang ohne Unterbrechung zu reden. Er erklärt zunächst, mit den Eisenbahnern von jeher sympathisiert zu haben (siehe Sommerstreik), will auf die Angriffe, die gegen ihn und seinen Freund (!) Hörsing erhoben wurden, nicht eingehen, da diese auf politisches Gebiet gehören und er keine Politik in diese Versammlung bringen will, hält anschließend daran jedoch einen wirtschaftspolitischen, wie allgemeinpolitischen Vortrag über die allgemeine Lage und den Friedensvertrag, in dessen Verlaufe er unfernwillig den restlosen Zusammenbruch des Kapitalismus (den zu stützen er sich doch „amtlich“ berufen fühlt) zugab. Kurze Zeit nur gelangen ihm indes diese Hochlauterheiten, dann brach der An-wille erneut aus.

Auf die Frage, warum in so furchtbarer Not nicht alle wenigstens gleichmäßig hungern, warum man das Kapital nicht angreife, erklärte er, es sei wohl traurig,

liehe sich aber nicht ändern. (...) Obwohl Herr Voigt sich bemühte, die immer zahlreicher werdenden Zwischenrufe zu überhören, wurden diese so stark, daß er es vorzog, sein Mikrophon (er war gerade bei den Wahlen in England) schnell zu schließen. Der ihm folgende rechtssoz. Abg. Weese bestritt, daß die Mehrheitspartei für Wiedereinführung der Morarbeit eingetreten sei, trat aber selbst warm dafür ein. Genosse Ziegler erwiderte mit wenigen treffenden Worten den Salm seiner beiden Vorredner und erzielte tosenden Beifall. Ein Redner der christlich-sozialen Eisenbahner machte unter freudiger Zustimmung der Versammelten Mitteilung von dem Zusammenschluß der drei großen Eisenbahnerverbände, verwarf, wie verschiedene andere Redner vor ihm, jeglichen Teilstreit, empfahl, dem allgemeinen Bunde Rechnung tragend, noch einmal den Hauptvorstand alle Mittel versuchen zu lassen und erst im letzten Fall in den Generalkreis zu treten, diesen aber geschlossen durchzuführen. Als Beispiel gab er einen halbherzigen von ihrer Organisation durchgeführten Streit an, der mit vollem Erfolge geseht habe. Noch einige Kollegen redeten in gleichem Sinne. Inzwischen kehrte ein Kollege vom Ballhof zurück und machte von folgender, einstimmig angenommener Resolution Mitteilung:

Die Versammlung fordert sofortige Beschleunigung des Abschlusses des Tarifs. Sie bedauert, daß ihre Wünsche auf eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Zulage nicht erfüllt wurden. Sie kann sich mit den vorgeschlagenen Bohnschäden nicht einverstanden erklären und erwartet, daß die geforderte Mindestzulage von 20 Mark pro Woche als Vorstoß auf den Tarif bis zum 15. d. Mts. gewährt wird. Sollten diese Wünsche nicht gewährt werden, so lehnt die Versammlung jede Verantwortung, die daraus entsteht, ab. Die Landesversammlung soll sofort einberufen werden. Diese Resolution fand nach einigem Für und Wider ebenfalls Annahme.

**Soziales.**

**Bauernfang.**  
Unter diesem Titel verrät die „Volkswacht“ ein Maß von richtiger Selbsteinschätzung, das wir ihr nicht zugetraut hätten. Gewiß: die rechtssozialistischen Führer taugen höchstens noch zum Bauernfang; für die politisch geschulte, hellare Arbeiterschaft sind sie erledigt. Aber wir hätten erwartet, daß sie selbst noch etwas mehr von sich hielten und den geistigen Kampf mit unseren Genossen — wie wir sie aufgefordert hatten — aufnahmen. Aber sie trefsen. Sie hanteln in der „Volkswacht“, daß sie wichtigeres zu tun hätten, als „den Bruderkampf zu führen“. Liebe „Brüder“! Grunschwiß und Ziegler sind für die brüderlichen Volkswacht-Größen nur „Genossen“. Unsere Genossen werden sich dadurch nicht gerade beleidigt fühlen.

Wenn Ihnen aber wirklich die Einigung des Proletariats am Herzen liegt, dann dürften sie keine Gelegenheit verstreuen, um die Arbeiterschaft von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen. Statt dessen drücken sie sich! Statt dessen verleumden sie! — „Die Herren Ziegler und Grunschwiß“ haben — wie die „Volkswacht“ ganz gut weiß — mehr als einmal in ihrem Leben in bürgerlichen Versammlungen geredet und dort gegen die Reaktion gekämpft. Aber die „Volkswacht“ sollte zugleich wissen, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, die Bourgeoisie zum Sozialismus zu bekehren, sondern das Proletariat zum Bewußtsein seiner historischen Mission zu bringen. Alle Redeschlachten mit der Bourgeoisie in Ehren, — es wird wenig dabei herauskommen. Ueberzeugen kann man nur den, der überzeugt werden will. Die Reaktion bekämpft man nicht dadurch, daß man ihr stundenlange Moralpredigten hält, sondern dadurch, daß man die Macht des Proletariats organisiert. Die Ludendorff, Helfferich, Hindenburg treiben die Revolution unfreiwillig nur vorwärts; die Noske, Scheidemann, Löbe sabotieren jedoch die Revolution. Kampf gegen die Reaktion — das ist: Kampf den Scheidemannern!

**Keine Ehrabschneidungen der „Volkswacht“.**

Vor einiger Zeit verbreitete die Pressepest (natürlich an erster Stelle die „Volkswacht“) einen Artikel, der den ehemaligen Münchener Wohnungskommissar Arnold Wadler unmöglich machen sollte. Der Rechtsvertreter Wadlers, Rechtsanwalt Dr. Stern, gab nun eine Erklärung an die Presse, daß an den Beschuldigungen kein wahres Wort wäre. Wadler sollte angeblich Möbel von hohem Wert aus Belgien und Frankreich auf unrechtmäßige Weise erworben und nach Deutschland gebracht haben. Die Berichtigung stellt fest, daß die betreffenden Möbel nach belgischen Mustern von Brüsseler Handwerksmeistern angefertigt worden wären und daß die genauen Belege und Zeugen über ihren ordnungsmäßigen Erwerb der zuständigen Behörde angeboten worden seien, ohne daß diese Beweise bisher erhoben worden wären. Wird die „Volkswacht“ den Raum, den sie für die Beschuldigung eines Menschen übrig hatte, aus freien Stücken für seine Rehabilitierung hergeben? Ein anderes Märchen tischte sie ihren Lesern am Sonnabend auf. In Elberfeld soll der kommunistische Rechtsanwalt Lamp wegen Schiebungen und anderen dunklen Geschäften verhaftet worden sein. Wie wir erfahren, ist Lamp weder verhaftet noch in irgend welche Schiebungen verwickelt. Auch mit der Firma Farbus, Scheidemann, Elkar, Noske u. Co. hat er nicht in Geschäftsverbindung gestanden.

**Sichten bei Lauban.** Eine neue Ortsgruppe der U. S. P. Sonntag, den 28. Dezember, fand hier im „Preussischen Adler“ eine Versammlung statt, um eine Ortsgruppe der U. S. P. zu gründen. Nach einem kurzen Referat des Genossen Weimann erklärten sich die Teilnehmer bereit, ihren Uebertritt aus der rechtssozialistischen Partei in die U. S. P. zu vollziehen. In der folgenden Aussprache gelobten die Genossen, eine recht rege Werbetätigkeit für die U. S. P. zu entfalten. Ein erfreuliches Zeichen für das Fortschreiten der Partei trotz Laubadel, Gierle, Buchwitz usw. Wir wünschen der jungen Ortsgruppe erfolgreichste Arbeit!

**Deutsch-Lissa.** Zur Demokratie befehrt wurde der Landrat Graf Simburg-Syrum. Und zwar von Herrn Cronig-Krietenberg. Das ging so zu: In der vorletzten Kreisstagung in Kemnitz brachten unsere Genossen zusammen mit den Genossen der S. P. D. den schriftlichen Antrag ein, den Herrn Landrat abzulösen (nicht etwa zu beurteilen). Sie entzogen damit dem Wunsch von Tausenden der Kreisbewohner. Aber leider hatten sie nicht mit dem Umtscheidungsamt gerechnet. Kaum hatte „Genosse“ Cronig von dem Antrage erfahren, so begab er sich zum „Herrn Grafen“ zu einer Aussprache. Darauf suchte er seine Freunde Nawroth und Schindler auf und erklärte ihnen: „Ihr seid wohl verrückt geworden! Wie könnt ihr so einen Antrag bringen! Der Herr ist doch ein Herr und durch demokratischer Herr.“ Früher hatte er selbst auf den Landrat geschimpft, jetzt einmal hatte er erkannt, daß man sich gar keinen besseren Landrat wünschen könne. Als in der Kreisstagung der Antrag wieder zur Sprache kam, bedauerten die samojen Genossen Schindler und Nawroth, den Antrag unterschrieben zu haben, bezweifelten zerknirscht ihr früheres Geschimpfe auf den guten, durch und durch demokratischen Herrn Landrat und ließen unsere Genossen im Stich!

Dieser Fall ist wieder ein kleines Beispiel für die Verbrüderung der Rechtssozialisten mit der Reaktion. Die Reaktion in der Beamtenenschaft — so hat der „Vorwärts“ kürzlich erklärt — ist die größte Gefahr für die Republik, noch gefährlicher als die Reaktion beim Militär. Und wer führt sie? Hier wie dort die Rechtssozialisten.

**Die Kündigung des Tarifvertrages.**

Die Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet haben den Tarif zum 1. Januar gekündigt und fordern eine Lohnerhöhung. Der jetzt geltende Tarifvertrag ist kaum 3 Monate alt geworden. Allerdings ist der Abschluß eines Lohnvertrages bei den schwachfallenden Lebensmittelpreisen heutzutage vom Uebel. Es besteht auch in Bergarbeiterkreisen wenig Neigung nach dem Abschluß eines neuen Tarifs; die Massen wollen jede neue Situation ausnützen können. Das Kohlenprodukt, das nach den Berechnungen der Regierung sozialisiert werden sollte, plant abermals eine gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise. Der gewaltige Steinkohle würde dann um zwei Mark teurer werden. Das bedeutet für die Belegschaften allein an den ca. 540000 Tonnen Kohlen, die auf den Halben lagern, einen Gewinn von 21,6 Millionen Mark. Die Bergarbeiter haben die feste Ueberzeugung, daß die Kohlenbarone nur aus diesem Grunde die Kohlen auf den Halben zurücklassen und um des Millionenvermögens halber ganze Industrien zum Stillstand bringen. Sie verlangen ihren Anteil an der Beute, die die Kohlenkönige machen wollen und mehr, die Sozialisierung des Bergbaues, denn die Realisten dieser Kapitalisten beweisen, wie unbedingt notwendig es ist, diesen Industriebäuren die Herrschaft über die Produktion zu nehmen.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer; für die Interate Fritz Ulrich. Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag 7 Uhr:  
Carmen.  
Freitag 7 Uhr:  
Die Waise.

**Lobe-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Judith.

**Thalia-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die seltsame Erziehung.

**Schauspielhaus.**  
Sprechbühne. Tel. Ring 244  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Der verliebte Herzog.  
Sonntag 11 1/2 Uhr:  
Für die notleidenden Wiener Kinder  
Der Zigeunerbaron.  
Der tolle König spielt eine jeden Abend dem wohlthätigen Zwecke zu.

**Viktoria-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Geisha  
Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Nachm.-Vorstellung

**Lieblich-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Hildegarde  
mit neuen Tänzen  
Paul Jülich  
Hinodeo  
Original Japaner-Troupe  
Hans Beets  
und Partner  
mit dem großen Lauer-Programm.

**Uhren** kauft oder repariert  
Falk, Paradiesstr. 6

**Logenhous-Lichtspiel**  
Ab Dienstag, den 6. Januar  
b. Donnerstag, d. 8. Januar  
Die große Tragödin  
**Ria Witt**  
in dem spanischen Filmstreifen  
**Irrlichter**  
4 lange Akte.  
Dazu

**Um des Lebens Glück betrogen**  
Drama in 3 hochdramatischen Akten mit  
Dora Weidner.

**Zeltgarten.**  
Täglich 7 1/2 Uhr abds.:  
**Der neue Riesenpielplan!**  
= Sonntags =  
2 Vorstellungen.  
Verzeichnisse für Sibirien  
ausgef. bei Frau E. Helbing,  
Bellwitzstraße 16 H. E. g.

**ZEPTEKINO**  
Donnerstag bis Sonntag  
3 Filmsessionen  
Detektiv Fred Horst  
in dem Detektivdrama  
**Die Dame Spinne**  
mit der 300 Szenen  
Hauptroll. Ziebold u. Maria als  
**Der spanische Emil**  
und als: Der  
**Juwelenmaxe**  
Ausserdem:  
**Thea Sandten**  
Tänzerin Adina  
Der Roman ein schwächlich  
Betrogenen — 300 Szenen.  
Ausserdem  
**Jacko der Affe**  
Ab Freitag: Der Prunkfilm  
Ein Teufel des Saltes Schokolade

**Breslauer Trichter**  
in h. nat. r. Räumen  
des Zeltgartens  
Aleinunföhne  
und Ballhaus.  
Neuer Spielplan.

**Altes Kupfer, Blei, Messing, Zinn**  
soll höhere Preis  
Otto, Kopsenstraße  
Nr. 3  
Sonderstr. Ring 1908.

**Strindbergs**  
dramatisches Meisterwerk  
**Rausch**  
mit  
**Asta Nielsen**  
Ein Hochgenuss für  
Kinofreunde!  
Ein Wendepunkt für  
Kinofeinde!  
Anfang 4, 5 1/2, 6 1/2, 8 1/2  
Sonntag 3 Uhr.  
Keine erhöhten Eintrittspreise.

**Militär- und Zivil-Garderobe**  
u. gewand., mod., geräumt, aus-  
gebeu. u. gebüßelt Maßkr. 31. I. 2a

**Herrn-  
Wäster**  
105 Mt.  
Grabschener Str. 27.  
Gde. Hollestrasse.

**Knaben-  
Toppfen**  
von  
15 Mt.  
an  
Grabschener Str. 27  
**Sofort Geld**  
von Schloß auf Möbel, Kriege-  
artikel u. sonst. Esch. u. Gegenstände.  
H. P. Pliska, Tietzstr. 25, I  
Del. Sauerstr. 1, eine Kaffee-  
haus.

**Jupiter Lichtspiel**  
Westendstrasse 50/52.  
Ab Freitag, d. 9. Januar:  
Der II. Film der Maxim-Klasse  
**Die Liebschaften**  
der  
**Käte Keller.**  
Das tragische Schicksal einer  
schönen Sünderin in  
5 grossen Abteilungen  
Frei nach Motiven des welt-  
bekanntesten Romans von  
R. Skowronnek.  
**Voranzeige!**  
Ab Dienstag, d. 13. Januar:  
Trotz ganz enormer Un-  
kosten ist es uns gelungen,  
den vielseitigen Wünschen  
unseres geehrten Publikums  
entsprechend, den gewaltigen  
sozialen Problem-Film:  
**Der Kampf um die Ehe**  
I. Teil  
nochmals zur Aufführung zu  
bringen.

**Gummwaren,**  
Leibbinden, Monatsbinden,  
Spätsprigen, Suspensorien,  
Dauerwäsche  
**H. Klose,**  
Breslau I, Nikolaistraße 79,  
3. Haus vom Ring.

**Jede Frau**  
verl. Auffklärung über meinen  
neuesten 8 mal patentierten  
**idealen  
Frauenschutz H**  
30 Pf. Kildporto belegen.  
Versandhaus  
**Frau C. Helbing**  
Breslau 10, Kohlenstr. 13

**Nähmaschinen**  
aller Systeme  
kauft u. repariert  
Ersatzteile in Lsg  
Paul Wienziers  
Grabschener Straße 45

**Zuchhaus E. Heinze**  
vorm M. Scholz.  
Goldene Radegasse 7. Fernruf Amt Ohle 609  
Flausch-  
Marengo-  
Kammgarn-  
Cheviot-, Anzug-  
Paletot- u. Kostüm-  
Prima Qualitäten  
für Herren und Damen — preiswert!

**Büroverlegung.**  
Das Magistratsbüro V (umfassend Angelegenheiten  
der Gewerbesteuer, der Umsatz- und der Luxussteuer) wird  
vom 8. d. Mts. nach Königplatz 2 verlegt.  
Breslau, den 5. Januar 1920.  
Magistrat, Steuerverwaltung.